

**Pressevertreter**

**Christian Jethon**

Vorsitzender

Kreuzgasse 13  
06429 Nienburg

Telefon 034721 / 30 744  
Telefax 034721 / 30 743

info@linke-nienburg.de  
www.linke-nienburg.de

## **Presseinformation**

Nienburg, 2013-04-10

# **„Haushaltsnotstand“ in Nienburg**

## **Finanzmonitor spricht von „weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit“**

Die Stadt Nienburg befindet sich nach Auffassung des sachsen-anhaltischen Innenministeriums (MI) im „Haushaltsnotstand“. Darüber hinaus attestiert der vom MI und der Landesinvestitionsbank in Auftrag gegebene „Kommunale Finanzmonitor Sachsen-Anhalt“ vom März 2013 der Stadt eine „weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit“. Nienburg ist danach eine der finanzschwächsten Kommunen im Land.

Die Prüfer gehen u.a. davon aus, dass sich der Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit (ehemals „Verwaltungshaushalt“) bis 2020 um rund 7,6 Mio. Euro erhöht. Hinzu kommen die noch auszugleichenden Altfehlbeträge der Jahre 2011 und 2013 in Höhe von mindestens 4 Mio. Euro, sodass der Haushalt 2020 ein Defizit in Höhe von über 11 Mio. Euro aufweisen wird!

Als Gründe nennt der Finanzmonitor die verschlechterte Einnahmesituation und ein „überdurchschnittliches Ausgabenniveau“. „Zusätzlich belasten die Stadt weitere Haushaltsrisiken, die sich vor allem aus dem Kassenkreditrahmen, der hohen Schuldendienstquote sowie einem überdurchschnittlich hohen Personalbestand in der Kernverwaltung ergeben“, heißt es im Bericht.

Auch die Kommunalaufsicht des Salzlandkreises (KAB) kommt in ihrer der Linksfraktion nunmehr vorliegenden Beanstandungsverfügung zur Haushaltssatzung 2013 zu ähnlichen Ergebnissen. Sie geht davon aus, dass allein bis 2016 ein Fehlbetrag in Höhe von 7,16 Mio. Euro auflaufen wird!

Insbesondere kritisiert die KAB dabei das Haushaltskonsolidierungskonzept, das auch nach Auffassung der LINKEN nicht das Papier wert ist, auf dem es gedruckt wurde. So stellt die Aufsichtsbehörde fest, dass im Konzept für die Jahre 2013 – 2021 „keine neuen Maßnahmen“ beschlossen worden sind. Es genüge damit „in keiner Weise den gesetzlichen Anforderungen“.

Versagt hat der Salzlandkreis auch die gesamten vorgesehenen Kreditermächtigungen, sodass derzeit u.a. auch der Bau der Sporthalle in Nienburg auf Eis liegt. Wegen dem gesetzlich vorgeschriebenen und von der LINKEN bereits mehrfach angemahnten, im Haushaltsplan jedoch vollständig fehlenden Wirtschaftlichkeitsvergleich zu den beabsichtigten Investitionsmaßnahmen, sei „weder der Stadtrat noch die KAB“ in der Lage, „eine vollumfängliche abschließende Beurteilung“ der Maßnahmen vorzunehmen. Anzumerken ist überdies, dass im beanstandeten Haushalt die zusätzlich notwendige Kreditaufnahme für den Kita-Neubau in der Calbeschen Straße noch gar nicht enthalten ist!

„Weiteres Indiz für die weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit“ der Stadt ist nach Ansicht der KAB auch der veranschlagte Kassenkredit. So geht die Behörde davon aus, dass am Jahresende „mit einem Kassenkreditbedarf in Höhe von 6.164.300 Euro zu rechnen“ sein werde. Dies wären 98,27 % der erwarteten Einnahmen der Stadt im Jahr 2013!

## **Bauer informiert Stadtrat nicht und überschreitet Kompetenzen**

Angesichts dieser dramatischen Feststellungen wäre zu erwarten gewesen, dass der Bürgermeister den Stadtrat kurzfristig und umfassend über die Beanstandung und die aktuelle Haushaltssituation informiert, damit dieser über das weitere Vorgehen beraten und beschließen kann.

Doch in Nienburg laufen die Uhren offensichtlich anders, denn bis zur Übersendung der Unterlagen für die Ratssitzung am 13. März 2013 ist dem Stadtrat gar nicht bekannt, dass der Haushaltsplan bereits am 21.12. 2012 (!) beanstandet worden ist.

Der Bürgermeister hat überdies den Stadtrat bis zum heutigen Tag darüber in Unkenntnis gelassen, dass er am 17.01.2013 Widerspruch gegen die Beanstandung eingelegt und diesen am 29.01.2013 wieder zurückgezogen hat. Damit hat Bauer seine Kompetenzen eindeutig überschritten, denn über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Beanstandungsverfügung hätte ausschließlich der Stadtrat entscheiden dürfen – vorausgesetzt natürlich, er hätte von der Beanstandung überhaupt Kenntnis gehabt!

Auch als LINKEN-Fraktionschef Henning während der Ratssitzung das Fehlen der KAB-Verfügung beanstandet und die nachträgliche Übersendung verlangt, passiert zunächst einmal nichts. Erst auf nochmalige Nachfrage erhält Henning am 25.03. die Möglichkeit, die Verfügung im Beisein Bauers und der Kämmerin Frau Falke einzusehen. Eine Kopie kann angeblich deshalb nicht übergeben werden, weil der einzige Kopierer der Stadt defekt sei.

Daraufhin wendet sich die Linksfraktion an die KAB, die Bauer am 26.03. per Mail auffordert, dem Auskunftsverlangen des Stadtrates nachzukommen und ihm eine Kopie zu übermitteln. Nachdem daraufhin wieder nichts passiert, fragt Henning am 28.03. nochmals per Mail bei der Stadtverwaltung an – wiederum ohne Erfolg.

Selbst als Henning im Rathaus persönlich erscheint und die Herausgabe fordert, erklärt ihm Bauer zunächst mündlich, er sei mit der Einsichtnahme dem Auskunftsverlangen nachgekommen und die Kommunalaufsicht könne ihm „wegen der kommunalen Selbstverwaltung“ (!) nicht vorschreiben, dass er Kopien herausgeben müsse.

Erneute telefonische Nachfragen bei der KAB ergeben zunächst nichts. Henning wird stattdessen vom Salzlandkreis empfohlen, einen entsprechenden Antrag in der nächsten Ratssitzung zu stellen, dem bei einer Ablehnung durch kommunalaufsichtliche Anordnung abgeholfen werden könne. Eine Übersendung durch die KAB selbst wird mit dem Hinweis abgelehnt, dass „man einzelnen Stadträten nicht irgendwelche Unterlagen übersenden könne“.

Am 03.04. schließlich setzt die Linksfraktion die KAB per Mail davon in Kenntnis, dass für den Fall einer weiteren Verweigerung am 04.04.2013 das Verwaltungsgericht Magdeburg angerufen werden würde. Daraufhin übersendet die KAB Henning am 04.04. per Mail die Verfügung.

Ebenfalls am 04.04. teilt Bürgermeister Bauer Stadtrat Henning auch schriftlich mit, dass er mit der Möglichkeit der Einsichtnahme im Rathaus seiner Informationspflicht „vollumfänglich“ nachgekommen sei und die Angelegenheit als „abgeschlossen“ betrachte.

Zu diesem Zeitpunkt kannte Bauer offensichtlich ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom gleichen Tag an ihn noch nicht, in dem die Leiterin Frau von dem Bussche den Bürgermeister darauf hinweist, dass die Verfügung bereits am 18.03. den Unterlagen zur Ratssitzung beizufügen gewesen wäre. Unmissverständlich fordert sie ihn „zur Vermeidung eines Rechtsstreites und der damit für die Stadt Nienburg (Saale) verbundenen Kosten“ auf, die Verfügung allen Stadträten als notwendige Unterlage spätestens zur nächsten Ratssitzung zu übersenden. Anderenfalls beabsichtige sie „eine kommunalaufsichtliche Anordnung“.

Im Widerspruch zum Schreiben Bauers vom Vortag schreibt Kämmerin Falke am 05.04. Stadtrat Henning, dass „eine Übersendung an alle Stadträte gleichzeitig jedoch nicht verwehrt“ worden sei und „die Übersendung der Unterlagen (...) prinzipiell mit der Einladung zur Stadtratssitzung, in welcher der neue Haushaltsplanentwurf auf der Tagesordnung steht, vorgesehen“ gewesen sei.

Angesichts der sich widersprechenden Mitteilungen des Bürgermeisters und seiner Kämmerin innerhalb von nur 24 Stunden sind daraus aus Sicht der LINKEN nur zwei Schlüsse zu ziehen: entweder weiß im Nienburger Rathaus die linke Hand nicht, was die rechte macht, oder es wird angesichts des selbstverschuldeten Drucks der Kommunalaufsicht gemeinsam dreist gelogen.

Augenscheinlich trifft wohl eher letzteres zu, denn Bürgermeister Bauer hatte in Kenntnis der Beanstandungsverfügung Anfang 2013 auch wahrheitswidrig erklärt, man werde den Haushaltsplan „zurückziehen“, um die zusätzlichen Kosten nach der Übernahme der Bauträgerschaft des Kita-Neubaus in der Calbeschen Straße in den Plan einzustellen.

Das Verhalten des Bürgermeisters in dieser und vielen weiteren Angelegenheiten ist inakzeptabel und widerspricht den elementarsten demokratischen Spielregeln. Die Nienburger LINKE wird das auch zukünftig nicht hinnehmen und zur Durchsetzung ihrer demokratischen Mitwirkungsrechte und des Informationsrechtes der Bürger notfalls auch den Gang vor das Verwaltungsgericht nicht scheuen. Zudem wird die Nienburger LINKE Kämmerin und Bürgermeister zu ihrer nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung einladen, um mit ihnen und allen interessierten Bürgern über die finanzielle Lage der Stadt zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen der vielfältigen Probleme zu suchen.

Erschreckend ist neben dem Agieren des Bürgermeisters aber auch das offensichtliche Desinteresse der übrigen Fraktionen, die ihrer Kontroll- und Aufsichtsfunktion gegenüber dem Bürgermeister und der Verwaltung in keiner Weise nachkommen.